

Q 2774⁸⁸

Bundesrat Max Petitpierre

Schweizerische Gegenwartsfragen

Rede vom 31. Mai 1959
anlässlich des Kongresses der Freisinnig-demokratischen Partei
in Baden

Nr. 88

HERAUSGEGEBEN VOM
GENERALSEKRETARIAT DER FREISINNIG-DEMOKRATISCHEN PARTEI
DER SCHWEIZ

12 - I - 60





Sonderabdruck aus der «Politischen Rundschau» Nr. 6/7 vom Juni/Juli 1959

Schweizerische Gegenwartsfragen

Rede, gehalten von Herrn Bundesrat Max Petitpierre,
Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements, am Kongress
der Freisinnig-demokratischen Partei in Baden
am 31. Mai 1959

Schweizerische Gegenwartsfragen — ein etwas vages Thema. Als ich es unserem Generalsekretär vorschlug, wusste ich noch nicht genau, worüber ich zu Ihnen sprechen würde. Ich beabsichtigte indessen bereits, auch Fragen zu behandeln, die zwar für die meisten von uns nicht gerade zum täglichen Brot gehören, aber trotzdem — in einem etwas weiteren Rahmen betrachtet — für unsere Zukunft von grosser Wichtigkeit sind.

Einer der hervorstechendsten Züge unserer Zeit besteht darin, dass die internationale Politik erstmals in der Geschichte wirklich erdumspannend ist, das heisst, dass sie sich nicht mehr im Rahmen der verschiedenen Länder oder Kontinente abspielt, sondern sich über die ganze Erde erstreckt; es gibt daher sozusagen kein politisches Ereignis von einer gewissen Bedeutung mehr, das uns gleichgültig lassen und das sich nicht nahezu überall auswirken könnte. Dies verpflichtet uns dazu, unseren Gedankenkreis auszuweiten und zu versuchen, die neue, in Entstehung begriffene Welt zu verstehen; wir müssen uns ferner der Probleme bewusst werden, die sich im Zusammenhang mit einer Entwicklung stellen, die auch uns erfasst und in der unsere Zukunft beschlossen liegt.

Bis vor kurzem konnte man sagen, die Politik einer kleinen Demokratie müsse darauf ausgerichtet sein, ihre politischen und sozialen Einrichtungen zu festigen und zu vervollkommen, die Wohlfahrt ihres Volkes zu fördern und sich nach aussen gegen alle Angriffe auf ihre Unabhängigkeit zu verteidigen.

So erschöpfte sich denn auch die Politik der Eidgenossenschaft während langer Zeit darin, ihre inneren Probleme zu regeln und über die Sicherheit gegen aussen zu wachen. Vor etwas mehr als einem Jahrhundert tauchten neue Probleme wirtschaftlicher und sozialer Art auf. Um ein heute viel gebrauchtes Wort zu verwenden, ging es darum, die nationale Integration zu verwirklichen, das heisst, die verschiedenen sozialen Komponenten der Eidgenossenschaft zu einem Ganzen zusammenzuschliessen. Auf dem Wege zu dieser Integration sind bereits grosse Fortschritte erzielt

1959 / G 6262

worden, und sie werden weiterhin erzielt, dank der erhöhten Produktivität und der Sicherung des Arbeitsplatzes, dank der allgemeinen Hebung des Lebensstandes, dank auch dem Umstand, dass jedem einzelnen heute weitgehend gleiche Möglichkeiten offen stehen. Eben dieser nationalen Integration verdanken wir unser politisches Gleichgewicht und den inneren Frieden des Landes. Wenn die Welt, in der wir bis zum letzten Weltkrieg lebten, heute noch fortbestünde, könnten wir uns unserer nationalen Existenz in aller Ruhe und frei von grösseren Sorgen erfreuen. Unser Wohlstand gestattet es uns, die hohen Lasten unserer Landesverteidigung zu tragen und doch gleichzeitig auch Fortschritte auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete zu verwirklichen.

Doch gerade dieser Wohlstand könnte uns über die wirklichen Gefahren hinwegtäuschen, die unsere Zukunft belasten und die, wie mir scheint, anderer als militärischer Art sind. Die Lage ist heute nicht mehr dieselbe wie vor dem Kriege oder noch vor einigen Jahren. Auffallend ist vor allem die Geschwindigkeit, mit der die Entwicklung fortschreitet. « Les événements détruisent les événements » schrieb schon Chateaubriand. Dieser Ausspruch galt nie in stärkerem Masse als in unserer Zeit, in der die Vorkommnisse des gestrigen Tages, gleichsam als ob sie vom Heute aufgesogen würden, rasch in Vergessenheit geraten. Eine grosse Aenderung ist insofern eingetreten, als unsere wichtigsten nationalen Probleme heute verknüpft sind mit internationalen Problemen und mit der internationalen Lage, die weder einfacher noch besser wird.

Diese Probleme scheinen unsere Interessen nicht unmittelbar zu berühren, so dass es verständlich ist, wenn wir sie nicht beachten oder nur mit einer gewissen Lauheit an sie herantreten, was sich auch aus dem Umstand erklären lässt, dass ein kleines Land wie das unsere ja doch nicht beanspruchen kann, auf Ereignisse, die über seinen Rahmen hinausgehen, einen entscheidenden Einfluss auszuüben.

Selbstverständlich müssen wir fortfahren, unsere Unabhängigkeit zu verteidigen und uns bemühen, unseren Wohlstand weiter zu konsolidieren.

Wir müssen uns aber auch bewusst bleiben, dass es nicht mehr genügt, unsere Aussenpolitik auf die Verteidigung allenfalls bedrohter unmittelbarer Interessen zu beschränken.

Die Zurückhaltung, die wir den immer noch nicht gelösten internationalen politischen Problemen gegenüber üben, bleibt weiterhin gerechtfertigt. Es liegt in der Natur der Sache, dass unsere Möglichkeiten notgedrungen-

nermassen sehr beschränkt sind; wir können uns lediglich zur Verfügung stellen zur Erfüllung von Aufgaben im Interesse des Friedens und der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen Ländern, die unsere Dienste in Anspruch nehmen, wobei wir uns der Unparteilichkeit und Objektivität zu befehligen haben. Wir müssen auch grosszügig und weitherzig zur Lösung schmerzlicher Probleme beitragen, die nur durch eine humanitäre Aktion gelindert werden können. So wird das kommende Jahr das «Jahr der Flüchtlinge» sein. Es ist unsere Pflicht, tatkräftig dem Aufruf Folge zu leisten, den der Hochkommissar der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge erlässt, übrigens ein Landsmann von uns, der sich bemüht, Millionen von Unglücklichen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden oder sie aus politischen Gründen verlassen mussten, wieder in die menschliche Gemeinschaft einzugliedern.

Doch auf diesen Gebieten bleiben wir innerhalb der traditionellen Linie unserer Politik; uns davon zu entfernen, liegt kein Grund vor.

Neue Probleme ergeben sich für uns aus drei Umständen: erstens aus dem Nebeneinander reicher und armer Nationen, was die Errichtung einer friedlichen internationalen Ordnung behindern kann; zweitens aus der raschen Entwicklung von Wissenschaft und Technik und drittens aus der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Europa selbst.

Diese Probleme werden durch den Kampf beherrscht und verschärft, der nun auf der ganzen Ausdehnung der Erde im Gange ist zwischen einer Zivilisation, der wir verpflichtet sind, und einer Ideologie, die durch ihren Anspruch auf Universalität sie zu zerstören sucht. Wir hoffen, dass dieser Kampf nicht in einen bewaffneten Konflikt ausarten wird; aber auch so stellt er den Sinn, den wir unserem Leben geben, das Schicksal der Menschheit und — auf nationaler Ebene — die Zukunft unseres Landes und seine Unabhängigkeit in Frage.

* * *

Die armen Länder sind jene, die man als die unterentwickelten bezeichnet, weil ihre wirtschaftliche Entwicklung auf niedrigerer Stufe verblieben ist und ihren Einwohnern oft nicht einmal das primitivste Auskommen gewährleistet. Was eine unterentwickelte Nation ist, lässt sich nur durch den Vergleich mit einer entwickelten Nation definieren. Diese Unterentwicklung findet in verschiedenen Formen ihren Ausdruck: auf dem

Gebiet der Ernährung, indem ganze Bevölkerungen nicht über ausreichende Nahrung verfügen; oder hinsichtlich des Nationaleinkommens, das in den Vereinigten Staaten 2 400 Dollars, in der Schweiz 1 350 Dollars je Einwohner erreicht, während es in den asiatischen Ländern auf 50 bis 60 Dollars und in Zentralafrika sogar auf 20 bis 35 Dollars absinkt.

Die Ungleichheit in der Entwicklung der menschlichen Gemeinschaften reicht ohne Zweifel weiter zurück als auf die Anfänge der Geschichte; dennoch ist das Problem der unterentwickelten Länder vor allem ein solches unserer Zeit. Dies rührt davon her, dass der Abstand zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Ländern sich plötzlich verschärft hat. Die Fortschritte der Medizin haben die Sterblichkeit stark herabgesetzt und zu einer raschen Bevölkerungszunahme geführt: die armen Länder sind infolgedessen noch ärmer geworden, und ihr Einkommen pro Kopf der Bevölkerung ist weiter gesunken. Die am weitesten fortgeschrittenen Länder haben dagegen gleichzeitig ihre Fortschritte in beträchtlichem Masse beschleunigt. Sie sind noch reicher geworden. Ausserdem haben die Entwicklung des Verkehrs und die allgemeine Verwendung des Radios zur Folge, dass die Länder und Erdteile nicht mehr voneinander isoliert sind. Wenn auch der Abstand zwischen ihnen fortbesteht, so müssen sie doch voneinander Kenntnis nehmen, und die Unterschiede in den Lebensbedingungen ihrer Völker sind offenkundig geworden.

Bis zum letzten Weltkrieg erregte die Tatsache, dass die wirtschaftliche Entwicklung gewisser Länder zurückgeblieben ist, weder Aufsehen, noch weckte sie den Willen zu tätigem Eingreifen. Dass das Problem aktuell geworden ist, liegt daran, dass man sich seiner Existenz und der Notwendigkeit seiner Lösung bewusst wurde.

Eine solche Lösung liesse sich verhältnismässig leicht erreichen, wenn sich die entwickelten Länder bereit fänden, zugunsten der unterentwickelten gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, und wenn das Problem sachlich und unpolitisch behandelt würde. Die Lösung würde um so leichter fallen, wenn man die politischen Probleme regeln könnte, die die Welt in Spannung und Unruhe halten; wenn man sich über eine progressive Abrüstung einigen und den unterentwickelten Völkern auch nur einen Teil der Beträge zuwenden könnte, die auf dem Gebiete der Landesverteidigung eingespart würden.

Doch das Gegenteil ist eingetreten. Die den Staaten auferlegten militärischen Lasten nehmen zu; das Problem der unterentwickelten Völker ist

hochpolitisch geworden. Anstatt ihnen uneigennützig Hilfe zu gewähren, hat man sie zum Streitgegenstand des Kalten Krieges zwischen dem Westen und dem kommunistischen Lager gemacht, wobei allerdings zu sagen ist, dass ihre Regierungen zuweilen selbst Hand dazu geboten haben.

Ich erwähne diese Frage der unterentwickelten Völker hier kurz, nicht um ein weiteres Mal alle ihre Aspekte darzulegen, sondern weil ich überzeugt bin, dass der Schweiz auf diesem Gebiete Aufgaben und Aktionsmöglichkeiten offenstehen, die, wenn auch ihren beschränkten Mitteln angepasst, doch gleichwohl bedeutend sein können.

Jenen, die unsere Aussenpolitik zu passiv finden und die glauben, wir seien uns der Entwicklung, in der die Welt begriffen ist, nicht genügend bewusst, eröffnet sich hier ein unbegrenztes Tätigkeitsfeld. Was auch immer zur Verbesserung der Lebensbedingungen der unterentwickelten Völker getan werden kann, nie wird es genug sein. Es geht hier um ein Werk, an dem unser Land mitarbeiten kann, das nicht nur einen finanziellen Aspekt aufweist, sondern persönliche Anstrengungen und Opfer erfordert. Es ist zu begrüßen, dass von privater Seite bereits entsprechende Schritte unternommen worden sind, zuerst vom Schweizerischen Hilfswerk für aussereuropäische Gebiete und kürzlich von einer schweizerischen Stiftung zur Förderung der technischen Entwicklung. Aber dies ist nur ein Anfang, der Ermutigung verdient. Unternehmungen auf breiterer Grundlage werden notwendig sein.

Es scheint mir, dass unsere Partei und im besonderen die Jugend unserer Partei an diesem grundlegenden Problem unserer Zeit tätigen Anteil nehmen sollten, ohne sich durch seine gewaltigen Ausmasse und die Schwierigkeit, alle seine Aspekte zu erfassen, abschrecken zu lassen. Es geht nicht um eine humanitäre Tätigkeit, um ein Almosengeben, sondern um ein Unternehmen, zu dem uns der offene Sinn für die Gegebenheiten der Welt von heute verpflichtet.

* * *

Die Beschleunigung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts stellt ohne Zweifel eine mindestens ebenso wichtige Erscheinung dar wie die politischen Ereignisse selbst; ja diese Erscheinung kann sogar die politischen Ereignisse in entscheidender Weise beeinflussen, da sie die Wirtschaft der rückständigen Länder rasch umgestalten und entwickeln

hilft und damit diesen Gebieten eine Macht verleihen kann, die sie bisher nicht besaßen.

Die Schweiz gehört seit langem zu den Ländern, die an der Spitze des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts stehen; dieser Umstand hat ihren Wohlstand gewährleistet und ihr ermöglicht, den Lebensstand ihrer Bevölkerung stetig zu heben. Die jüngsten Entdeckungen der Wissenschaft, die sich auf den verschiedensten Gebieten (von der Atomenergie zur Elektrotechnik und zur Kybernetik) in raschem Rhythmus folgen, eröffnen der Industrie und der Wirtschaftstätigkeit neue Aussichten. Nur die grössten Staaten verfügen heute über das wirtschaftliche Potential, das — zum mindesten auf gewissen Gebieten — notwendig ist, um Forschungen durchzuführen, und es wäre aussichtslos, hier mit ihnen wetteifern zu wollen; man denke nur an die künstlichen Satelliten. Aber auf anderen Sektoren können die kleinen Länder, so gut wie die grossen, an der Forschungstätigkeit teilnehmen.

Wenn unsere Industrien den Platz behalten wollen, den sie sich errungen haben, so müssen sie die neuen Möglichkeiten voll ausnützen, um «unserem Volk auf längere Frist diejenige Arbeit zu verschaffen, die ihm in seiner Differenziertheit angemessen ist», wie Herr Dr. Hummler in einem kürzlich veröffentlichten Bericht über die Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses zutreffend ausführt. Die Schweiz darf weder Opfer scheuen, um zum Fortschritt der Wissenschaft beizutragen, noch um die Ergebnisse der von der reinen und der angewandten Wissenschaft betriebenen Forschung der Wirtschaft und damit der ganzen Bevölkerung zugutekommen zu lassen. Wenn wir unsere bisherige Stellung behaupten wollen, bedarf es unsererseits einer sehr grossen Anstrengung, an der sich sowohl die Universitäten und technischen Schulen wie die privaten Unternehmen und die Behörden beteiligen müssen. Zwischen allen jenen, die in der Lage sind, an diesen im Interesse der Gesamtheit liegenden Anstrengungen teilzunehmen, muss eine wirksame Zusammenarbeit erzielt werden. Wir werden gewisse Auffassungen und Methoden, die den heutigen Erfordernissen nicht mehr entsprechen, neu zu überprüfen haben. Alle verfügbaren Talente und Fähigkeiten werden nicht zuviel sein. Die Ausbildungsmöglichkeiten müssen allen jungen Leuten — Jünglingen und Mädchen — offenstehen. Gründe materieller Art dürfen sich der Entfaltung einer Begabung nie mehr entgegenstellen.

Dies erfordert, dass man nicht mehr getrennt marschiert, sondern dass

sowohl zwischen den Hochschulen wie auf der Ebene der Unternehmen eine Koordination hergestellt wird. Die Forschung wird immer kostspieliger; deshalb müssen Doppelspurigkeiten vermieden werden. Auf keinem Gebiet darf darauf verzichtet werden, nach Mitteln und Wegen zu einer engeren Zusammenarbeit zu suchen.

Ein solcher Versuch ist gegenwärtig auf dem Gebiet der Atomenergie im Gange. Die Eidgenossenschaft schaltet sich ein, um die wissenschaftliche und die angewandte Forschung zu fördern; sie wird sich zweifellos am Bau von Versuchsreaktoren finanziell beteiligen müssen. Auf diese Weise kommt eine Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Behörden zustande. In einem weiteren Rahmen trägt in unserem Lande auch der Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung zum Fortschritt der Wissenschaft im allgemeinen bei. Man kann sich indessen fragen, ob alle diese Massnahmen genügen. Wir stellen nämlich fest, dass viele unserer Atomphysiker auswandern oder Angebote ausländischer Unternehmen annehmen, und zwar nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch, weil ihnen andere Länder Bedingungen für eine wissenschaftliche und technische Tätigkeit bieten, die in der Schweiz für sie nicht bestehen.

Dazu kommt, dass wir die Möglichkeit haben sollten, zahlreiche junge Leute aus unterentwickelten Ländern bei uns aufzunehmen; sie könnten sich in unserem Lande, dessen demokratische Einrichtungen sie anziehen, ausbilden. Zu diesem Zweck sollten aber nicht nur Stipendien gewährt, sondern auch die technischen Schulen und die Laboratorien erweitert werden. In dieser ausgesprochen friedlichen und aufbauenden Form könnte sich unser Land in wirksamer Weise an der Ausbildung der Kader beteiligen, derer die unterentwickelten Länder dringend bedürfen. Es handelt sich hier um einen wichtigen Aspekt der Hilfe an diese Länder, der mit unserer allgemeinen Politik im Einklang steht und unseren Möglichkeiten entspricht.

Wohl sind wir vielleicht für Veränderungen schlecht vorbereitet. Unser Föderalismus stellt sich einer Zentralisierung entgegen, und die Frage ist umstritten, ob der Bund eingreifen soll, um die den kantonalen Universitäten auferlegten Lasten in fühlbarer Weise zu erleichtern, insbesondere was die Ausbildung der Ingenieure, Physiker, Chemiker und Mathematiker betrifft. Persönlich zögere ich nicht zu erklären, dass dieses Problem die Aufgaben und Möglichkeiten der Kantone übersteigt, dass es sich um eine

nationale Frage handelt, die für die Zukunft unseres Landes lebenswichtig ist, und dass sie im Einvernehmen zwischen Bund und Kantonen gelöst werden kann und muss. Was bisher auf dem Gebiet der Atomforschung unternommen worden ist, stellt einen ersten Schritt dar. Das Problem muss in seiner Gesamtheit neu überprüft werden. Es geht nicht nur den Bundesrat an; alle an der Forschung direkt interessierten Kreise müssen, wie dies in andern Ländern geschieht, teilhaben an einer allgemeinen Erörterung über den Weg, den wir auf diesem wichtigen Gebiet einschlagen sollen. Wir müssen unser Denken und unsere Anschauungen den Grössenordnungen anpassen, die sich aus der gegenwärtigen Entwicklung der Wissenschaft ergeben.

* * *

Es gibt noch andere, scheinbar dringendere Fragen, die uns heute beschäftigen. Im Vordergrund stehen für uns die Probleme der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Das Inkrafttreten des Gemeinsamen Marktes und das Scheitern der Verhandlungen über eine Freihandelszone haben einen Zustand der Ungewissheit und der Unsicherheit geschaffen, der an sich schwerer wiegt als die Diskriminierung, denen die der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht angehörenden europäischen Staaten gegenwärtig ausgesetzt sind. Diese Situation kann nicht auf unbestimmte Zeit andauern, ohne Westeuropa als Ganzes zu schaden.

Die sechs Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft arbeiten aktiv an der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes. Indessen konnte bis jetzt noch kein Fortschritt erzielt werden in der Richtung auf eine Lösung, die — in Verbindung mit dem Gemeinsamen Markt — die Weiterführung der Zusammenarbeit unter den 17 OECE-Staaten sicherstellen und somit gestatten würde, eine wirtschaftliche Spaltung Europas zu vermeiden. Seitdem die Verhandlungen über eine Freihandelszone gescheitert sind, haben die inzwischen geführten Gespräche noch keinerlei Ergebnisse gezeitigt. Es scheint nicht, dass neue Verhandlungen in Aussicht stehen. Deshalb müssen die am stärksten industrialisierten OECE-Staaten, die der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht angehören, sich mit der Frage befassen, in welcher Weise die von ihnen angestrebte multilaterale Assoziation verwirklicht werden könnte.

Die hohen Beamten dieser sieben Staaten prüfen gegenwärtig einen Plan für eine Freihandelszone, der in Stockholm ausgearbeitet worden ist.

Selbstverständlich denkt man nicht daran, eine zweite Gemeinschaft zu schaffen, um sie jener des Gemeinsamen Marktes gegenüberzustellen, sondern man sucht eine Teillösung des Problems der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, um das angestrebte Ziel einer multilateralen Assoziation zwischen den siebzehn OECE-Staaten in einer zweiten Phase erreichen zu können. Es ist nicht leicht, heute die Entwicklung dieser schwierigen und vielschichtigen Frage vorzusehen.

Ein Element, das diese Entwicklung günstig beeinflussen könnte, besteht darin, dass die Idee der Ueberstaatlichkeit eine gewisse Abschwächung erfährt. Es scheint, dass sogar in den Ländern, die in der Bildung supranationaler Behörden den Weg zur Verwirklichung der europäischen Einheit erblicken, die Regierungen zögern, ihre Befugnisse und ihre Gewalt tatsächlich mit einer von ihnen unabhängigen Behörde zu teilen, die ihnen ihre Beschlüsse — wenn auch nur auf begrenztem Gebiet — aufzwingen könnte. Die kürzlich vom französischen Regierungschef abgegebenen Erklärungen lassen eine — vorläufig grundsätzliche — Annäherung erhoffen zwischen den bisher von den sechs Ländern des Gemeinsamen Marktes vertretenen Thesen und jenen der ausserhalb stehenden europäischen Länder, die ihre Zusammenarbeit mit den Sechs fortzusetzen wünschen. Es ist dies ein Beispiel dafür, wie alles noch im Fluss ist und wie die Lage sich verändert. Hinsichtlich der Institutionen nähern sich die Auffassungen der Nichtmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft jenen der französischen Regierung, im wirtschaftlichen Bereich jenen der andern Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. Wie dem auch sei, sind noch nicht alle Möglichkeiten einer Einigung über eine multilaterale Assoziation erschöpft. Der Bundesrat beabsichtigt, sich aktiv an der Ausarbeitung von Lösungen zu beteiligen, die allen auf dem Spiele stehenden Interessen nach Möglichkeit Rechnung tragen. Doch braucht es Geduld. Nicht die zu überwindenden technischen Schwierigkeiten — für sie gäbe es Lösungen —, sondern vielmehr das Fehlen eines einheitlichen politischen Willens haben bisher das Zustandekommen einer Vereinbarung verhindert.

* * *

Ich habe vorhin den Kampf erwähnt, der zwischen zwei entgegengesetzten Weltanschauungen über die politische, wirtschaftliche und soziale Organisation der menschlichen Gemeinschaft im Gange ist. Dieser Gegensatz

vergiftet alle regionalen und lokalen Konflikte, hemmt die Lösung hängiger Fragen und verwandelt sie in unlösbare Konflikte. Ich bin überzeugt, dass keine der Grossmächte heute daran denkt, einen Krieg zu beginnen. Aber solange sie nicht alle anerkennen, dass jedes Volk das Recht hat, seine Regierungsform frei zu wählen, und solange sie nicht endgültig auf die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihres Willens verzichten, werden die internationalen Verhandlungen an einem Grundübel kranken, das die endgültige Regelung bestimmter Probleme verunmöglicht. Auf die Dauer lässt sich nicht mit provisorischen Lösungen auskommen. Man kann sich tatsächlich fragen, ob der Philosoph Karl Jaspers mit seinen bitteren Worten nicht recht hat: «Was die Staatsmänner heute für den Frieden tun, beschränkt sich darauf, den Krieg zu verzögern».

Anstatt sich ausschliesslich auf den Frieden vorbereiten und alle Kräfte dafür einsetzen zu können, dass die unermesslichen Möglichkeiten, die Wissenschaft und Technik dem Menschen eröffnen, zum Wohle der ganzen Menschheit ausgenützt werden, müssen sich auch die kleinen Länder und die friedliebendsten Völker damit abfinden, sich für den schlimmsten Fall vorzusehen.

Die Fragen der Landesverteidigung behalten deshalb nach wie vor ihre volle Gültigkeit, und wir müssen ständig unsere Armee an die Erfordernisse anpassen, die sich aus den Fortschritten der Militärwissenschaft und -Technik ergeben.

So wird namentlich die Reform unserer Landesverteidigung Anlass zu Diskussionen geben. Eine am 27. April der Presse übergebene Mitteilung wurde von einigen Zeitungen dazu benützt, einen Gegensatz zwischen Bundesrat und Landesverteidigungskommission zu konstruieren, als ob er sie desavouiert hätte. Der Bundesrat hat in die Landesverteidigungskommission nicht nur volles Vertrauen, sondern er ist auch überzeugt, dass sie mit der Ausarbeitung des «Grünbuches» ausgezeichnete Arbeit geleistet hat und dass die Schlussfolgerungen dieses Berichtes in ihren grossen Zügen gutgeheissen werden können. Die Landesverteidigungskommission hat die Arbeit geleistet, die man von ihr verlangt und erwartet hatte. Die Aufgabe des Bundesrates ist jedoch eine andere. Die Landesverteidigung beschränkt sich nicht nur auf den militärischen Sektor. Die Armee lässt sich nicht von den andern Erscheinungsformen unseres nationalen Lebens trennen. Heute fallen der Eidgenossenschaft neue Aufgaben zu, deren Erfüllung für die Sicherung der Zukunft und der Unabhängigkeit

des Landes ebenso wichtig ist wie die Vorbereitung der Landesverteidigung. Bevor endgültige Beschlüsse gefasst werden, ist deshalb zu untersuchen, ob andere — weniger kostspielige — Lösungen in Aussicht genommen werden könnten, die übrigens dem Grundsatz nach nicht von den im «Grünbuch» vorgeschlagenen abweichen würden. Es muss hier noch darauf hingewiesen werden, dass die militärischen Probleme sich nicht nur in unserem Lande, sondern nahezu überall stellen. Für die Schweiz sind sie zweifellos schwieriger zu lösen, da wir auf uns allein angewiesen sind, während die meisten andern Länder entweder Bündnissen angehören, in denen diese Probleme gemeinsam gelöst werden, oder hinsichtlich ihrer Bewaffnung und sogar der Ausbildung ihrer Armee von grössern Staaten abhängig sind.

Wie dem auch sei, selbst wenn die gegenwärtigen internationalen Schwierigkeiten nicht zu einem neuen bewaffneten Konflikt führen, sind doch die Aussichten, sie zu überwinden, zu ungewiss, als dass wir in unseren militärischen Anstrengungen nachlassen dürften.

* * *

Eine Frage, die von Zeit zu Zeit neu überprüft zu werden verdient, betrifft unsere politischen Einrichtungen, die politische Struktur unseres Landes und die Bedingungen, unter denen unser politisches Leben vor sich geht. Vermögen sie noch den Anforderungen der Gegenwart zu genügen? Ermöglichen sie es uns, die sich uns stellenden Aufgaben mit Erfolg zu meistern?

Unser politisches Leben spielt sich im Zeichen der Parteien ab. Es hat sich insofern gewandelt, als zunächst eine Mehrheitspartei die Gewalt im Staate innehatte. Allmählich setzte sich die Auffassung durch, dass diese Partei ihre Verantwortung mit andern Parteien zu teilen habe. Die Einführung des Proporzsystems für die Wahlen in die gesetzgebenden Behörden, der Umstand, dass die Eidgenossenschaft sich aus verschiedenartigen Elementen zusammensetzt und dass die ursprünglichen Gegner unserer Bundesverfassung nach und nach zu einer positiveren Einstellung zu ihr gelangt sind, haben uns von dem am weitesten verbreiteten Regierungssystem — einer aus der Mehrheitspartei gebildeten Regierung mit einer Opposition — weggeführt. In der Schweiz gibt es auf eidgenössischem Boden keine Mehrheitspartei mehr. Die sozialdemokratische Partei, die

die Opposition bildete, war bereits in der Regierung vertreten und wird es zweifellos wieder sein. Man kann sich tatsächlich über die Vorzüge und Nachteile eines Systems streiten, das alle wichtigen Parteien an der Regierung beteiligt, so dass sie, je nach den Umständen, auch der Reihe nach zur Opposition übergehen könnten. Das Kollegialsystem unserer Regierung kann dadurch geschwächt werden. Dies führt zur Tendenz — wie dies auch schon der Fall war —, ein vom Bundesrat vorgelegtes, jedoch umstrittenes Projekt weniger als ein Werk der Gesamtregierung als vielmehr als dasjenige eines bestimmten Departements zu betrachten. Trotz diesem Nachteil glaube ich, dass unser heutiges Regierungssystem die normale Folge einer Entwicklung ist, dass es unserer schweizerischen Demokratie entspricht und das Ergebnis der Annäherung darstellt, die sich zwischen den grossen Parteien in bezug auf die grundlegenden Probleme unseres Landes vollzogen hat. Ueber lebenswichtige Fragen bestehen unter ihnen keine Gegensätze mehr. Auch das ist eine Folge unseres Föderalismus, dessen Kraft darin lag, die Verschiedenheiten nach Sprache, Konfession und sozialer Herkunft zu überwinden und diese Vielgestaltigkeit zu einer Einheit zusammenzufassen.

Wenn ich diese Frage aufwerfe — und ich glaube nicht, dass dies fehl am Platze sei —, so deshalb, weil einer meiner Kollegen vor einigen Monaten in einer bemerkenswerten Rede anlässlich des Kongresses seiner Partei — übrigens mit grosser Zurückhaltung und viel Takt — eine Anregung vorgebracht oder, wenn man will, eine Hypothese aufgestellt hat: ob es nicht angezeigt wäre, angesichts der Drohung des Totalitarismus die politischen Kräfte im Zeichen einer christlichen Politik neu zu gruppieren. Dabei ging er vom Beispiel von Nachbarländern aus, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, wo eine Partei Katholiken und Protestanten auf einen bikonfessionellen Nenner bringt. Die Frage verdient durchaus geprüft zu werden, was ich hier aber nur in grossen Zügen tun kann. Ich glaube nicht, dass die Verhältnisse in den beiden Ländern in dieser Hinsicht einander gleichgestellt werden können, wenn man die in beiden Staaten bestehenden Besonderheiten in Betracht zieht. Die deutsche Christlich-Demokratische Union entstand im Anschluss an eine nationale Katastrophe von vorher nie erlebtem Ausmass, die die Grundlagen des Staates vernichtet hatte, und diese Bedingungen können nicht mit der heutigen Lage unseres Landes verglichen werden. Deutschland musste damals auf den Trümmern neu aufbauen. Die Christlich-Demokratische

Union stellt nach einer in Deutschland selbst vorherrschenden Ansicht nicht eine rein konfessionelle Gruppierung dar, sondern eher eine weitgefasste Vereinigung von Bürgern, die, vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, ausgesprochen liberale Tendenzen verfolgen. Diese Tendenzen entsprechen wohl bei uns denjenigen aller Parteien, die, wie die unsere, überzeugte Protestanten und Katholiken umfassen und denen man kaum vorwerfen kann, eine mit den Bestrebungen der Kirchen unvereinbare Politik zu betreiben. Die politische Geographie der Schweiz von heute ist das Ergebnis einer historischen Entwicklung, die seit mehr als einem Jahrhundert von der liberalen Idee beherrscht wird; dies ist Ausdruck einer Kultur, deren Ursprung und grundlegende Geisteshaltung ebenfalls auf das Christentum zurückgehen. Diese Kultur ist ein gemeinsames Gut, das allen gehört — Parteien wie Bürgern —, die sich auf sie berufen. Unsere liberale Verfassung ruht auf christlichen Fundamenten. Es ist ihr gelungen, den konfessionellen Frieden herzustellen und zu erhalten, auch wenn sie einzelne umstrittene Bestimmungen enthält, über deren Beibehaltung oder Aufhebung die Räte und das Volk sich früher oder später zu äussern haben werden.

Das Bestreben, die politischen Kräfte unter dem Zeichen einer «christlichen Politik» neu zu gruppieren, wäre eher verständlich, wenn wir in einem «unchristlichen» Staate lebten oder wenn in unserem Staate das Christentum nur in unzulänglicher Weise vertreten und geachtet wäre. Ich glaube aber, dass das Gegenteil zutrifft. Leider nicht in dem Sinne, dass wir eine Gemeinschaft bilden, deren Glieder in ihrer öffentlichen und privaten Tätigkeit ausnahmslos die Lehren des Evangeliums befolgen. Doch wir bemühen uns, — und unsere Verfassung und unsere Gesetze legen uns dabei nicht nur keine Hindernisse in den Weg, sondern ermuntern uns dazu, — eine liberale, demokratische und menschliche Gemeinschaft zu verwirklichen. In dieser Gemeinschaft kann sich das Christentum frei entfalten (wenn auch zuzugeben ist, dass ihm nicht immer genügend nachgelebt wird) und dem sozialen Fortschritt und dem Streben nach Gerechtigkeit in der Freiheit Sinn und Ansporn geben.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass unsere Kultur und die mit ihr verbundenen Werte heute, wie schon früher, durch totalitäre Weltanschauungen bedroht werden, die den Menschen zu politischen Zwecken missbrauchen wollen, anstatt in seinem Dienste zu stehen. Die Freiheit, «das Gut, das den andern Gütern erst ihren Wert verleiht», steht in Gefahr,

und im Kampf zwischen zwei grundsätzlichen Auffassungen über die Gestaltung der menschlichen Gesellschaft sind alle unsere vereinten Kräfte notwendig, um dieser Drohung zu widerstehen und sie abzuwenden. Könnten wir uns wirklich besser verteidigen, wenn Katholiken und Protestanten sich in einer konfessionellen Partei zusammenschliessen würden? Ich glaube es nicht. Wir würden im Gegenteil Unklarheiten schaffen und den Föderalismus schwächen, der auch in der Verschiedenheit der Parteien seinen Ausdruck findet. Der christliche Grundgedanke reicht übrigens über den Rahmen der Parteien und die formelle Bindung an eine Konfession hinaus.

Man muss von Herzen wünschen, dass angesichts der Ideologien, die unsere kostbarsten Güter bedrohen, die konfessionellen Fehden, die nicht immer politischer Natur sind, in unserem Lande endgültig zur Ruhe kommen und dass Katholiken und Protestanten sich immer eindringlicher der sie verbindenden Werte bewusst werden. Es ist auch zu hoffen, dass sie — unabhängig von der grundsätzlichen Stellungnahme, auf die sie durch ihr Gewissen und ihre Ueberzeugungen verpflichtet sind, — von ihren gegenseitigen Beziehungen alles fernzuhalten suchen, was dem Christentum nur schaden könnte. Ohne durch die Zugehörigkeit zur gleichen Partei verbunden zu sein, können sie sich zur Verteidigung der ihnen anvertrauten Werte eng zusammenschliessen. Noch mehr als das: über die gegenseitige Toleranz hinaus sollten sie alle Gelegenheiten zu gemeinsamem Handeln ergreifen. Die Hauptsache ist, dass sie in ihren Beziehungen auf religiöser Ebene eine unbedingte Loyalität an den Tag legen und sich auch auf politischer Ebene darum bemühen, obwohl leider zuweilen menschliche Unzulänglichkeiten aller Art die Reinheit der Gefühle, Ansichten und Taten trüben.

Abschliessend glaube ich, dass unser gegenwärtiges System, das sich auf die Verschiedenheit der Parteien und zugleich auf den Willen zur Zusammenarbeit aller derjenigen unter ihnen gründet, die sich zu einer Demokratie auf christlicher Grundlage bekennen, nicht nur unseren Traditionen am besten entspricht, sondern auch den Anforderungen der schwierigen Zeit, in der wir leben.

* * *

Unser nationales Leben geht seinen friedlichen Lauf. Es ist nicht mehr so bewegt wie damals, als die Parteien und ihre Weltanschauungen sich heftig

bekämpften. Die schweizerische Politik ist sachlicher geworden. Der Grund dafür liegt in den zwei Weltkriegen dieses Jahrhunderts und ihren Folgen. Das Bewusstsein, den gleichen Gefahren ausgesetzt zu sein, hat die Bürger und die Parteien einander näher gebracht und sie dazu geführt, für die sich stellenden Probleme, wenn immer möglich, eine gemeinsame Lösung anzustreben und sie nicht von einer Mehrheit einer Minderheit aufzwingen zu lassen. Der Sinn für das allgemeine Wohl hat sich entwickelt und kommt nicht nur in der Gesetzgebung zum Ausdruck, sondern auch im freiwilligen Abschluss von Vereinbarungen, zum Beispiel auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet.

Diese Ruhe im Innern des Landes verleitet ungeduldige Geister zu der Ansicht, unser Land führe eine abwartende Aussenpolitik, es bleibe an Anschauungen hängen, die wohl früher ihre Gültigkeit besaßen, jedoch den Forderungen der Gegenwart nicht mehr entsprächen. Ich verstehe diese Ungeduld, vor allem wenn sie sich in den Reihen der Jugend bemerkbar macht, die ihrem Wesen nach dynamisch ist, die ihre Zukunft vor sich hat und sich ihren Weg selber bereiten will.

Ich glaube auch, dass unser Wohlstand uns über die wahren Probleme unserer Zeit — die eine revolutionäre Zeit ist — hinwegzutäuschen droht; wir sind uns vielleicht nicht immer genügend bewusst, dass unsere wichtigsten nationalen Interessen von internationalen Ereignissen beeinflusst werden. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo «der Mensch sich nicht zugleich der Weltpolitik gegenüber gleichgültig verhalten und im Genusse der persönlichen Freiheit bleiben kann» (H. G. Wells).

Indessen glaube ich nicht, dass wir, um zur Lösung der Probleme unserer Generation beizutragen, die Traditionen oder die Auffassungen über Bord zu werfen brauchen, aus denen sich die Eidgenossenschaft entwickeln und zu dem werden konnte, was sie heute ist. Ich glaube auch nicht, dass wir uns an der internationalen Politik im engeren Sinne aktiver beteiligen sollten; diese bleibt weiterhin das Reservat der Grossmächte und der mit ihnen verbündeten Staaten. Doch damit unsere Zurückhaltung nicht zum Egoismus oder zur Gleichgültigkeit wird, müssen wir auf Gebieten, in denen wir uns in nützlicher und wirksamer Weise betätigen können, um so grosszügiger, verständnisvoller und aktiver sein. Die Gelegenheiten zum Handeln brauchen wir nicht erst zu suchen. Sie sind hier vor uns und erfordern nicht nur den Beitrag der Eidgenossenschaft, sondern auch den materiellen und vor allem den persönlichen Einsatz jedes einzelnen.

In einer bewegten Welt, in der die grundlegenden Anschauungen auf dem Spiele stehen, die für das Leben der Gemeinschaft wie unser persönliches Leben bestimmend sind, haben wir als Staat und als Bürger eine Verantwortung zu tragen. Es scheint mir, dass unsere Partei, die trotz ihrem Alter ihre Jugendfrische zu bewahren gedenkt und sich stets bemüht hat, das Land auf fortschrittliche Wege zu führen, neben ihren täglichen Aufgaben diese allgemeinen, für unser Schicksal entscheidenden Probleme einer eingehenden und systematischen Prüfung unterziehen sollte. Unsere Partei muss auch die notwendigen Initiativen ergreifen oder unterstützen, damit die Schweiz auf der Höhe des Fortschritts bleibt, den Wissenschaft und Technik heute zu erzielen gestatten, und damit sie zu jener allgemeinen Verbesserung des Loses der Menschheit beiträgt, ohne die keine Hoffnung besteht, dass die Welt eines Tages in der Ordnung, im Frieden und in der Freiheit leben kann.